Ressort: Gesundheit

Große Koalition droht mit Masern-Impfpflicht

Berlin, 22.02.2015, 02:00 Uhr

GDN - Nach dem schweren Masernausbruch in Berlin droht die schwarz-rote Koalition mit der Einführung einer gesetzlichen Impfpflicht. "Wenn wir es nicht schaffen, mit verstärkter Aufklärung und Beratung die Impfraten bald zu steigern, sollten wir über eine Impfpflicht in Kindergärten und Schulen nachdenken", sagte der CDU-Gesundheitspolitiker Jens Spahn der "Welt am Sonntag".

Spahn warnte vor Panikmache durch Impfverweigerer, die eine Impfung für gefährlicher halten als eine natürliche Maserninfektion. Dass Masern von vielen Eltern und Ärzten immer noch als so genannte Kinderkrankheit abgetan würden, erwecke den falschen Eindruck, die hoch ansteckende Krankheit wäre harmlos. Impfverweigerer handelten egoistisch, weil sie sich darauf verließen, dass die anderen zur Impfung gingen und dann schon nichts passieren werde. "Wir brauchen jetzt eine konzertierte Aktion von Gesundheitspolitikern aller Parteien und von den Ärzteverbänden, um eine große Impfwelle in Gang zu setzen", sagte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Karl Lauterbach der "Welt am Sonntag". Nötig sei in den nächsten Wochen ein breit angelegter Kraftakt zur Steigerung der Impfbereitschaft. "Wenn das nicht gelingt, muss eine Impfpflicht für Kleinkinder der nächste Schritt sein." Es sei unverantwortlich, wenn Mediziner vor der Impfung warnten oder nicht eindeutig zur Impfung rieten. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe griff die Impfgegner scharf an: "Die irrationale Angstmacherei mancher Impfgegner ist verantwortungslos", kritisierte der CDU-Politiker. "Wer seinem Kind den Impfschutz verweigert, gefährdet nicht nur das eigene Kind, sondern auch andere - das kann zu schweren Gesundheitsschäden führen." Die Impflücken in Deutschland seien immer noch zu groß. Der Masernausbruch in Berlin zeige, wie wichtig ein guter Impfschutz sei. "Ich rate dringend dazu, den eigenen Impfstatus überprüfen zu lassen und die empfohlenen Impfungen nachzuholen", sagte Gröhe. Sie seien sicher und würden von der Krankenkasse bezahlt. Mit dem geplanten Präventionsgesetz werde zudem künftig festgeschrieben, dass bei der Aufnahme in die Kita ein Nachweis über eine ärztliche Impfberatung von den Eltern vorgelegt werden müsse. "Denn gerade in Gemeinschaftseinrichtungen wie der Kita ist das Ansteckungsrisiko hoch." Nach dem Masernausbruch in Berlin wurden in diesem Jahr bisher 447 Fälle gemeldet - und damit mehr als bundesweit im gesamten vergangenen Jahr.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-50205/grosse-koalition-droht-mit-masern-impfpflicht.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com
www.gna24.com